

o.714.111.1 - RN/ry

Bern, 27. November 1978

A k t e n n o t i zVERTRAULICH

1. Sitzung der Arbeitsgruppe Information
 Schweiz - UNO vom 10. November 1978, 10.00 Uhr, W 240

Vorsitz : B. de Riedmatten (Politische Abteilung III)

Teilnehmer : Minister F. Blankart
 H. Renk (Chef Information und Presse)
 P. Leuzinger (DEH)
 M. Obrist (DEH)
 M. von Grünigen (Sektion UNO/IO)

Protokoll : A. Ritz (Sektion UNO/IO, in Vertretung von
 B. Stettler, abwesend)

Herr de Riedmatten begrüsst die Anwesenden und entschuldigt die Abwesenheit von Frau Pometta, die krankheitshalber verhindert ist, an der Sitzung teilzunehmen. Er schlägt vor, die erste Sitzung der Arbeitsgruppe Fragen der internen Organisation sowie Ueberlegungen über die Ziele und Aufgaben der Gruppe zu widmen.

Was die interne Organisation betrifft, bemerkt Herr de Riedmatten, dass die Politische Abteilung III auf möglichst pragmatische Art und Weise vorzugehen gedenke. Die Anwesenden sollten den Kern eines Gremiums bilden, zu dem je nach Bedürfnis auch andere Personen innerhalb oder ausserhalb der Verwaltung zugezogen würden.

Die Sitzungsteilnehmer erklären sich mit dieser Konzeption einverstanden. Von verschiedener Seite wird die Möglichkeit begrüsst, von Zeit zu Zeit auch aussenstehende Informationsspezialisten einzula-

- 2 -

den. Es wird beschlossen, dass der Vorsitz der Gruppe bei der Politischen Abteilung III liegt und Herr Stettler als Mitarbeiter der Sektion UNO/IO das Sekretariat übernehmen wird.

Um die Diskussion über die Ziele und Aufgaben der Gruppe einzuführen, skizziert Frl. von Grünigen kurz den allgemeinen Bezugsrahmen der zur Frage stehenden Informationsproblematik. Sie ist der Ansicht, dass im kommenden Entscheidungsprozess über den UNO-Beitritt der Schweiz zeitlich drei verschiedene Phasen zu unterscheiden sind, nämlich

- | | |
|-----------|---|
| Phase I | ab sofort bis zur Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat |
| Phase II | Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat bis zu deren Annahme durch das Parlament |
| Phase III | Annahme der Botschaft durch das Parlament bis zur Volksabstimmung. |

In jeder dieser drei Phasen sei die Informationspolitik jeweils den spezifischen Bedürfnissen anzupassen. In der ersten Phase - und darauf beschränkt Frl. von Grünigen vorläufig ihre Ausführungen - gehe es vor allem darum, die sachliche Information zu verstärken und sich für die von aussen gewünschte Information bereit zu halten. Seit Veröffentlichung des 3. UNO-Berichtes könne man eine deutliche Zunahme von Anfragen für Vortragsveranstaltungen, Podiumsgespräche und Seminarien feststellen. Diese Schneeballwirkung gelte es im Rahmen des Möglichen und unter Einhaltung bestimmter Leitlinien optimal auszunützen.

Zur Intensivierung der sachlichen Information habe man sich, wie Frl. von Grünigen weiter ausführt, in der Politischen Abteilung III insbesondere über die zu wählenden Zielpublika verschiedene Gedanken gemacht. In erster Linie möchte man sich an alle jene Zwischengrup-

pen wenden, die, wie Journalisten, Lehrer, Professoren, Parlamentarier, die Information mit möglichst grosser Breitenwirkung weitertragen. Auch die Zusammenarbeit mit Vereinen und Gruppen, die sich für das Thema UNO interessieren, müsse sorgfältig ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang weist Frl. von Grünigen insbesondere auf die Arbeitsgemeinschaft Schweiz - UNO hin, die vor kurzem von der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik, der Europa-Union und der Schweizerischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen gegründet worden ist. Die Arbeitsgruppe habe bereits verschiedene Initiativen entwickelt und ihre eigenen Ueberlegungen zur Information seien so weit gediehen, dass sie gegenwärtig eher durch mangelnde Signale aus unserem Departement gehemmt werden.

Bei den Bemühungen um die direkten Informationsempfänger ist die Politische Abteilung III der Meinung, dass die junge Generation ein relativ leicht ansprechbares Publikum bilde. Deshalb arbeite man gegenwärtig in der Sektion UNO/IO an einer Broschüre, die zur Abgabe an Berufs- und Mittelschulen vorgesehen ist. Ferner sei die Möglichkeit zu prüfen, ob eine Lehrereinheit für den Geschichtsunterricht auf der Mittelschulstufe zur Verfügung zu stellen ist, wie dies verschiedene Gymnasiallehrer an einem kürzlichen Seminar der Schweizerischen UNESCO-Kommission gewünscht haben. Frl. von Grünigen hofft allerdings, dass der Abstimmungstermin nicht in allzu ferner Zukunft liegt, so dass die Anstrengungen eher auf die ab 17-jährigen und namentlich auf die bereits Stimmfähigen konzentriert werden sollten. Aus diesen Gründen möchte sie ebenfalls abklären, inwiefern der Truppeninformationsdienst der Armee für eine Verbreitung der sachlichen Information verfügbar ist.

Frl. von Grünigen ist ausserdem überzeugt, dass man der Information der Frauen und Arbeiter eine besondere Aufmerksamkeit schenken muss. In diesen Kreisen seien bekanntlich die Gegner und die Unentschiedenen besonders stark vertreten. Mit Artikeln in Frauenzeitschriften und der Arbeiterpresse könnten diese Gruppen zusätzlich angesprochen werden.

Auf das Problem der Meinungsumfragen eingehend, erinnert Frl. von Grünigen daran, dass Bundesrat Graber 1977 angeordnet habe, diese vorläufig einzustellen. In den Schlussfolgerungen der beratenden UNO-Kommission findet sich allerdings der Vorschlag, eine 'wissenschaftliche' Meinungsumfrage durchführen zu lassen. Obwohl Frl. von Grünigen bestimmte Zweifel an der Nützlichkeit solcher Umfragen hat, ist sie der Ansicht, dass man erwägen könnte, während der Phase I eine grössere Umfrage in Auftrag zu geben, um bei den Stimmbürgern die Motive ihrer Haltung etwas genauer zu erforschen. In den späteren Phasen dürften vor allem einfachere Umfragen nützlich sein, weil sie die Möglichkeit bieten, den Stimmungstrend zu verfolgen.

Minister Blankart kann sich mit den Aesserungen von Frl. von Grünigen grösstenteils einverstanden erklären und möchte sich vorläufig damit begnügen, einige Akzente zu setzen.

Als vordringlichste Aufgabe bezeichnet er die Notwendigkeit, sobald als möglich den Bundesrat für die Sache zu engagieren. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die jüngsten Erfahrungen mit der Abstimmung über die Sommerzeit. Nachdem das Finanz- und Zolldepartement das Dossier beansprucht hatte, fand plötzlich kein Bundesrat Zeit und Wille, sich gegen den Widerstand der Bauern für die Angelegenheit einzusetzen. Damit war der Abstimmungskampf bereits zum voraus verloren.

Einen weiteren Schwerpunkt sieht Herr Blankart in den Parteien, die man ebenfalls zu einer baldigen Stellungnahme bringen sollte. Auch hier greift Herr Blankart auf Erfahrungen zurück, die eng mit der diskutierten Problematik verbunden sind. Als der erste UNO-Bericht im Jahre 1969 veröffentlicht wurde, war Herr Blankart u.a. Sekretär der Aussenpolitischen Kommission, und er erinnert sich daran, dass die Aufnahme des Berichtes in der Kommission sehr positiv ausfiel. In der folgenden Parlamentsdebatte war die Stimmung bereits etwas kühler, obwohl es eigentlich nur wenige Stimmen gab, die sich offen

gegen den Beitritt aussprachen. Auf der Stufe der Parteien setzte dann eine stille Verzögerungstaktik ein, mit der es den Parteien gelang, die Angelegenheit, ohne sich zu äussern, auf die lange Bank zu schieben. Dabei ist Herr Blankart noch heute überzeugt, dass man damals eine Chance verpasst habe und man die Abstimmung unbedingt hätte vorantreiben sollen.

Der dritte Punkt von Herrn Blankart bezieht sich auf die Analyse der Schwergewichte bei der Gegnerschaft. Seiner Ansicht nach ist die stärkste Opposition im Schweizerischen Gewerbeverband zu finden, der etwa einen Viertel des Elektorats darstellt und der in der Gewerbezeitung ein einflussreiches Propagandamittel besitzt. Otto Fischer macht kein Hehl daraus, dass er sich die Verhinderung des UNO-Beitritts zur Lebensaufgabe gemacht hat, und er besitzt ausserdem die eher seltene Gabe, vielen Schweizer sozusagen aus dem Unterbewusstsein herauszureden. Was Otto Fischer sagt, das denken etwa 45 % des Schweizervolkes, ohne es selber ausdrücken zu können. Seine Argumentation ist somit für uns sehr wichtig und muss genau verfolgt werden.

Was die Methode betrifft, glaubt Herr Blankart innerhalb des Departementes zwei verschiedene Tendenzen feststellen zu können. Nach der einen gibt es keine andere Möglichkeit, als das Schweizervolk langsam zu vergiften, um es unbemerkt in den Schoss der UNO zu führen. Nach der andern müsste das Schweizervolk dazu gebracht werden, die UNO zu lieben und sich mit ihr aus freien Stücken zu verheiraten.

Mit keiner dieser Methoden kann sich Herr Blankart befreunden. Er ist allerdings überzeugt, dass moralistische Argumente, vor allem wenn sie vom Bundesrat kommen, beim Stimmbürger auf keinen Erfolg stossen werden. Pragmatismus liegt dem Schweizer viel besser, und man muss ihm deshalb klar machen, welche Nachteile sich für unsere Interessen durch ein weiteres Abseitsstehen ergeben. Dabei könnte man beispielsweise auf die Tatsache verweisen, dass die Vereinten

Nationen mehr und mehr Völkerrecht ausarbeiten, dem wir unterworfen sind, ohne sein Entstehen beeinflussen zu können. "Wir gelangen damit als Nichtmitglied in eine nicht unbedeutende Abhängigkeit, eine Abhängigkeit, die wir eben dadurch vermeiden wollten, dass wir auf einen Beitritt verzichteten." (Von Herrn Blankart erwähntes Zitat, das vom Vorsteher des Politischen Departementes bei der Behandlung der Richtlinien der Regierungspolitik am 17. Juni 1968 im Nationalrat ausgesprochen wurde. Vgl. Erster UNO-Bericht von 1969, S. 126).

Neben der fehlenden Möglichkeit, an der Weiterbildung des Völkerrechts teilzunehmen, sei natürlich auch der Umstand zu erwähnen, dass sich die UNO heute mehr und mehr wirtschaftspolitischen Fragen widmet, einem Gebiet also, das dem Schweizer bekanntlich besonders am Herzen liegt. In diesem Zusammenhang bemerkt Herr Blankart, dass unsere diplomatischen Erfolge, an Organen und Sitzungen der UNO trotz unserer Nichtmitgliedschaft teilnehmen zu können, eigentlich kontraproduktiv sind. Aus ähnlichen Überlegungen fragt sich Herr Blankart, ob man bei der Teilnahme an bestimmten Konferenzen der UNO nicht eine gewisse Zurückhaltung üben sollte, weil damit der Schweizer Bürger bloss den Eindruck gewinne, das Politische Departement tue bereits so, als ob wir schon in der UNO wären.

Zur Frage des Truppeninformationsdienstes erwähnt Herr Blankart, dass der Filmdienst der Armee kürzlich einen Film über die Neutralität gedreht hat, in dem das Problem der UNO mit keinem Wort erwähnt wird. Er findet das sehr bedauerlich und würde sich für Kontakte mit der Abteilung für Adjudantur gerne zur Verfügung stellen, falls dies gewünscht wird.

Zusammenfassend hat Herr Blankart den Eindruck, dass im Politischen Departement noch vielerorts das Risiko eines allfälligen Neins überschätzt wird. Man müsse nun endlich den Mut haben, vors Volk zu gehen. Damit sei natürlich nicht gesagt, dass man die Abstimmungskampagne auf die leichte Schulter nehmen könne. Diesbezüglich befürch-

tet Herr Blankart, dass die Präsenz der 'Romands' an Spitzenpositionen des Departements, die sich notwendigerweise eines Tages in der Öffentlichkeit mit dieser Frage auseinandersetzen müssten, gegenwärtig zu stark sei. Er ist sich allerdings bewusst, dass die Muttersprache nicht das einzige Hindernis darstellt, denn es werde auch darum gehen, dem Durchschnittsbürger die Frage des UNO-Beitritts in einer einfachen und kernigen Sprache darzustellen. Er fragt sich deshalb, ob für die Kampagne nicht ein Eckenstein vorzusehen sei, der sozusagen von Dorf zu Dorf geht, um sich mit den Leuten auf einfache und verständliche Weise auseinanderzusetzen.

Herr Leuzinger teilt die Befürchtungen von Herrn Blankart, dass nach aussen der Eindruck einer UNO-Lobby der 'Romands' entstehen könne. Was die Wahl der Informationsmittel betrifft, sollte man auch dem Umstand Rechnung tragen, dass heute viele Leute keine Zeit zum Lesen haben. Am ehesten sei noch die ältere Generation, die zahlenmässig auch ins Gewicht falle, über das geschriebene Wort zu erreichen. Von Meinungsumfragen, das gibt Herr Leuzinger offen zu, hält er nicht viel. Er zweifelt zwar nicht an deren wissenschaftlichen Wert, dem Praktiker brächten sie aber meistens Informationen, die bereits hinlänglich bekannt seien. Man wisse, dass sich die Gegnerschaft vor allem in der deutschen Schweiz, in ländlichen Gebieten und in den unteren Bildungsschichten konzentriere. Die Frage sei, wie man die nur sehr beschränkt verfügbaren Mittel einsetze, um in diesen Kreisen die notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten.

Herr Obrist betont, dass man beim Verteilen von Broschüren an Schulen möglichst genau den Dienstweg einhalten sollte. Er habe selbst erfahren, wie gerade die grossen Kantone auf ihrer Schulhoheit bestehen. Demzufolge müsse man immer das Plazet der kantonalen Erziehungsdirektion einholen.

Herr Renk kann sich zu 90 % den Äusserungen von Herrn Blankart anschliessen. Die Gefahr der zuvielen 'Romands' möchte er allerdings

nicht zu hoch einschätzen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass der Departementschef bis jetzt auch bei den Deutschschweizern erstaunlich gut angekommen sei.

Hinsichtlich Strategie teilt er ebenfalls die pragmatische Grundhaltung von Herrn Blankart. Er zweifelt jedoch, ob man mit Argumenten über die sehr abstrakte Materie des Völkerrechtes beim Schweizerbürger ankomme. Seiner Ansicht nach sollte man sich eher auf die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht beschränken. Für diese beiden Gebiete habe es hierzulande immer schon ein reges Interesse gegeben, das in letzter Zeit gerade durch die Motion Schmid wieder sehr aktuell geworden ist.

Für den allfälligen Einsatz eines Eckenstein ist Herr Renk der Ansicht, dass man nicht notwendigerweise an eine einzige Person denken müsse. Man könnte auch ein kleineres Team auswählen, mit dem es vielleicht einfacher wäre, den verschiedenen Gegebenheiten der schweizerischen Abstimmungslandschaft gerecht zu werden.

Das Wichtigste sei jedoch, dass der Bundesrat baldmöglichst einen klaren Entscheid über das weitere Vorgehen treffe. Als Informations- und Pressechef werde er immer häufiger mit Fragen von Journalisten bombardiert, und er habe manchmal das ungute Gefühl, dass man sich gegenwärtig in einem luftleeren Raum bewege.

Abschliessend stellt er noch an Frl. von Grünigen die Frage, ob eine populäre Fassung des 3. UNO-Berichts vorgesehen ist und er möchte von Herrn Blankart wissen, wie er die Stimmung in den Wirtschaftskreisen einschätze.

Frl. von Grünigen : Eine populäre Fassung des 3. UNO-Berichtes ist nicht vorgesehen. In den nächsten Tagen geht indessen eine Broschüre mit den Schlussfolgerungen dieses Berichtes in Druck. - Die beratende Kommission hat dem Bundesrat die Ernennung einer Informationskommission empfohlen. Bei der Zusammensetzung einer solchen Kommission

wären jedoch so viele - wohl auch politische - Kriterien zu berücksichtigen, dass man sich fragen muss, ob damit ein funktionstüchtiges Informationsinstrument geschaffen werden kann. - Die Erfolge der schweizerischen Diplomatie zugunsten einer Mitwirkung unseres Landes in einigen UNO-Gremien, - die von Herrn Blankart mit Recht bis zu einem gewissen Grad als kontraproduktiv für den UNO-Beitritt betrachtet werden - schwächen sich in letzter Zeit eher ab (vgl. Abrüstung). Man muss dem Schweizer Volk zeigen, dass wir hiezu oft Anstrengungen unternehmen müssen, die kaum mehr mit der Würde eines Staates zu vereinbaren sind. Ein negatives Ergebnis der Volksabstimmung würde wahrscheinlich im Ausland respektiert. Bei weiterem Zuwarten müssen wir den Vorwurf in Kauf nehmen, dass sich der Bundesrat hinter dem Volk versteckt, um den Entscheid aufzuschieben. - Es ist auch das Argument zu benützen, dass wir im UNO-System schon weitgehend integriert sind und der UNO-Beitritt nur ein völlig normaler, letzter Schritt ist, der allerdings eine wichtige Bedeutung hat.

Blankart : Es ist ein Katalog der gegnerischen und befürwortenden Argumente zu erstellen, der als Vademecum bei Diskussionen und Vorträgen benützt werden kann. - Die Bemerkungen bezüglich der 'Romands' waren nicht polemisch gemeint, dafür bürgt schon die baslerische Herkunft. Man müsse aber verhindern, dass bei den Deutschschweizern der Eindruck entstehe, der UNO-Beitritt sei eine Erfindung der 'Romands'.

* * *

Diesem allgemeinen Tour d'horizon schliesst sich eine kurze Diskussion über die Meinungsumfragen an. In letzter Zeit werden solche auch vermehrt von privaten Institutionen durchgeführt. Man kann auch diese benutzen (Renk). Die Arbeitsgemeinschaft Schweiz - UNO prüft ebenfalls die Durchführung einer grundlegenden Umfrage (von Grünigen). Meinungsumfragen sind selbst in wissenschaftlichen Kreisen nicht unbestritten (de Riedmatten). Nur gezielte Umfragen über ein spezifisches Problem haben eine gewisse Nützlichkeit (Leuzinger). Meinungs-

- 10 -

umfragen gestatten immerhin einen direkten Dialog mit dem Volk. Es genügt nicht, diesen Dialog nur über die Journalisten führen zu wollen (Blankart).

Herr de Riedmatten fasst abschliessend die Diskussion kurz zusammen und dankt den Teilnehmern für den regen Gedankenaustausch. Er stellt die Frage des weiteren Vorgehens. Es wird beschlossen, die nächste Sitzung auf Freitag, den 15. Dezember 1978 um 10.00 Uhr ins W 240 einzuberufen. Als Grundlage für diese Sitzung wird Frl. von Grünigen die überarbeiteten Dokumente verteilen, die die Politische Abteilung III zum Thema Information für die Sitzung von Bundesrat Aubert vom 23./24. August 1978 erstellt hat. Sie wird ebenfalls eine Aktennotiz von Herrn Stettler beilegen, die ein Streitgespräch im Zentrum Wolfsberg der SBG in Ermatingen vom 27. Juni 1970 zwischen James Schwarzenbach und Otto Fischer als Gegner und Prof. Hans Haug und Hugo Bütler als Befürworter wiedergibt und eine Anzahl von geläufigen Argumenten enthält. Herr Renk wird seinerseits den Argumentenkatalog verteilen, der vom Journalist H. Stranner erstellt worden ist. Er wird den Teilnehmern auch das Informationskonzept zukommen lassen, das im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Schweiz - UNO ausgearbeitet worden ist.

Schluss der Sitzung: 11.45 Uhr.

A. Ritz
(A. Ritz)

Kopie an :

- Frau Botschafter F. Pometta
- Herr B. de Riedmatten
- Herr Minister F. Blankart *
- Frl. M. von Grünigen
- Herr P. Leuzinger *
- Herr M. Obrist *
- Herr H.J. Renk
- Herr A. Ritz
- Herr B. Stettler
- Herr R. Mayor

* mit folgenden Beilagen :

- Aktennotiz vom 7.7.78 von Herrn B. Stettler
- Vorschläge für eine Informationskonzeption des Politischen Departementes



Übermittlungszettel - Feuille de transmission - Foglio di trasmissione

an ~~MAY~~ ~~GY~~ ~~GU~~
à
a

48411

- | | | | |
|--|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> zur Kenntnis
pour information
per informazione | <input type="checkbox"/> zur Erledigung
pour règlement
per il disbrigo | <input type="checkbox"/> zur Genehmigung
pour approbation
per approvazione | |
| <input type="checkbox"/> zu Ihren Akten
pour vos dossiers
per il vostro incarto | <input type="checkbox"/> zur Stellungnahme
pour avis
per il parere | Anzahl je Vorlage
Quantité par modèle
Quantità per modello | |
| <input type="checkbox"/> auf Ihren Wunsch
selon votre demande
a vostra richiesta | <input type="checkbox"/> bitte besprechen
entretien s. v. p.
conferire p. f. | | Helios
hélicopies
elicopte |
| <input type="checkbox"/> gemäss Besprechung
suivant l'accord
come inteso | <input type="checkbox"/> zur Unterschrift/Visum
pour la signature/visa
per la firma/visto | | Abzüge
polycopies
copie poligrafate |
| <input type="checkbox"/> bitte zurückgeben
à nous renvoyer s. v. p.
da ritornare p. f. | <input type="checkbox"/> bitte Vorakten
présenter les documents
documentazione p. f. | | Kopien
copies
copie |
| <input type="checkbox"/> mit Dank zurück
en retour
in ritorno | <input type="checkbox"/> bitte anrufen
téléphoner s.v.p.
telefonare p. f. | | |

weiterleiten an
transmettre à
trasmettere a ~~HRB~~ ~~ELI~~ ~~RNO~~ puis (aa)

Bemerkungen - Remarque - Osservazione

Datum - Date - Data

Absender - Expéditeur - Mittente

29.11.78

v. Jünger

bitte wenden
tourner s.v.p.
voltare p. f.